



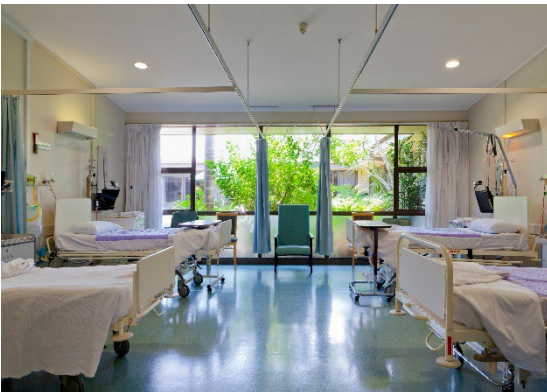
Kranke(n) Häuser?!

Wenn die Profitgier unser Gesundheitssystem vernichtet

Ein Beitrag von Marcus Igla

Das deutsche Krankenhaussystem leidet inzwischen unter den nicht mehr nachvollziehbaren und irrationalen Regulierungen der Politik so sehr, dass ihm selbst der Exitus droht. Die bereits vorgeschlagenen Veränderungen des derzeitigen Gesundheitsministers werden selbst in der Fachwelt als nicht umsetzbar bzw. zielführend bezeichnet.

Wie ist die momentane Situation?



Auf der einen Seite setzt dieses menschenverachtende System unsere Gesundheit dem freien Markt aus und auf der anderen Seite diktiert die Politik den Kliniken durch die Festlegung von Fallpauschalen die Preise, welche sie bei den Krankenkassen in Rechnung stellen dürfen. Das führt dann schon mal dazu, dass die eine oder andere gar nicht notwendige Operation durchgeführt wird, weil chirurgische Eingriffe im Vergleich zu anderen Behandlungen am besten vergütet werden.

Mit Kinderkrankheiten lässt sich hingegen kaum Geld verdienen, was in der Vergangenheit den verstärkten Abbau der Betten und die Schließung von pädiatrischen Stationen (Kinder- und Jugend) zur Folge hatte.

Wie steht es um die Versorgung?

Dieses Abrechnungssystem ist so krank, dass 59% aller Kliniken für 2022 mit roten Zahlen rechnen und eine unglaubliche Insolvenzwellen auf uns zugerollt kommt, deren Folgen noch gar nicht absehbar ist.

<https://www.n-tv.de/wirtschaft/2023-rollt-grosses-Krankenhaussterben-an-article23807151.html>

Ebenso irrsinnig ist es auch, dass die Landtage in ihren Krankenhausplänen über die Anzahl der Betten in den Krankenhäusern, die territoriale Verteilung der Krankenhäuser im Land und über die darin vorzuhaltenden bzw. zu schließenden Fachstationen bestimmen.

Beispiel: https://bravors.brandenburg.de/verwaltungsvorschriften/krankenhausplan_2021

Was sollte sich ändern?

Das System kann nur dann funktionieren, wenn alle Krankenhäuser in einem Bundesland staatlich verwaltet und dem jeweiligen Gesundheitsministerium unterstellt wären. Anhand der stationären und ambulanten Behandlungsbedarfe könnte dann ein wirklich sinnvoller und kostendeckender Betrieb organisiert werden.

Dazu sollten in gesonderten Trakten der Krankenhäuser zusätzlich auch ambulante Behandlungen durchgeführt werden. Damit käme es zu erheblichen Synergien im Bereich der Diagnostik (Radiologie, Labor etc.), der Verwaltung (Abrechnung, Beschaffung, technische Unterhaltung der Häuser) sowie beim Einsatz der angestellten Ärzte und Pflegekräfte. Sie könnten flexibel und bedarfsgerecht sowohl im stationären als auch im ambulanten Bereich ihren Dienst verrichten.

Mit dieser Symbiose könnte auch der bedarfsgerechte Bestand kleinerer Krankenhäuser der Grundversorgung in der Fläche abgesichert werden. Die großen Spezial- und Fachkliniken würden sich hingegen auf die großen Städte und Ballungsräume konzentrieren.

Jeweils zwei ländliche Gesundheitsstützpunkte mit wechselnden Sprechstunden (z.B. Mo, Mi, Fr - Allgemeinmedizin, Di und Do - Zahnmedizin – in der Folgewoche umgekehrt) könnten so von zwei staatlich angestellten Medizinern und dem notwendigen Pflegepersonal betreut werden. Alternativ oder ergänzend könnten auch speziell ausgestattete Busse zum Einsatz kommen, welche als „Mobile Gesundheitsversorgung“ übers Land fahren.



Ein ganz entscheidender Vorteil wäre auch, dass der gerade verstärkt einsetzende Kauf von Arztpraxen durch fachfremde Spekulanten verhindert würde. Hier soll noch mehr Geld mit der Gesundheit der Menschen geschnitten werden. So wie bereits in anderen Bereichen wie z.B. bei der Wasserversorgung geschehen, wird die Infrastruktur gnadenlos runter gewirtschaftet und auf Instandhaltung und Erneuerung so lange verzichtet, bis gar nichts mehr funktioniert. Hauptsache der Profit stimmt.

<https://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2022/Spekulanten-greifen-nach-Arztpraxen,arztpraxen112.html>



Was würden wir ändern?

Die SGV würde ab sofort bei der Veräußerung von Arztpraxen ein Vorkaufsrecht des Staates festlegen und somit Stück für Stück die medizinische Versorgung entprivatisieren.

Wir vertreten die Auffassung, dass Krankenhäuser und Arztpraxen als fester Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge in staatliche Hand gehören und nicht der Gewinnmaximierung unterliegen dürfen. Rücklagen aus Überschüssen dienen lediglich der Instandhaltung, der Neubeschaffung von Einrichtungsgegenständen und des notwendigen, medizinischen Geräts.

Die Kontrolle des Klinikbetriebs muss unbedingt durch Fachleute erfolgen und nicht wie bisher von Aufsichtsräten, bestehend aus berufsfremden (Hobby-)Politikern entsprechend dem Parteienporz in den Stadt-, Kreis,- und Landesparlamenten.

Wir brauchen eure Unterstützung!



Helft uns in unserem Bemühen, dass das wichtigste Gut des Menschen – seine Gesundheit, nicht weiter eine dem freien Markt ausgelieferte Quelle höchster Profite bleibt, sondern für jeden Bürger gleichermaßen, umfänglich und bezahlbar, als Grundrecht verbrieft garantiert wird.

<https://sgv-partei.de/bundespartei/antrag-auf-mitgliedschaft>